

Online sowie Beratungsdienstleistungen hatten für die meisten privaten Unternehmen noch keinen hohen Stellenwert. Im Vergleich zur Untersuchung im Jahre 1997 wurde jedoch deutlich, dass die privaten Unternehmen die Rolle von Marktstudien höher einschätzten als zuvor.

In den Unternehmen waren im Durchschnitt 2,1 Personen für die Durchführung von Marktstudien und 9 Personen für den Verkauf zuständig. Dies war eine Zunahme um 0,8 Personen für Marktstudien bzw. um 5,3 Personen für den Verkauf. Von den Unternehmen weisen 52,5% eine eigene Handelsmarke auf, ein Anstieg um 6% gegenüber drei Jahren zuvor. Mehr Personal wurde in den privaten Unternehmen auch für die Entwicklung neuer Produkte und Technologien eingesetzt. Im Durchschnitt waren 2,3 Personen im Entwicklungsbereich tätig, das waren 0,7 Personen mehr als 1997.

Weiterbildung und Managementverbesserungen nahmen in den privaten Unternehmen einen wachsenden Stellenwert ein. Rd. 71% der Unternehmer hatten verschiedene Ausbildungskurse in den letzten zwei bis drei Jahren besucht. Zu den wichtigsten Formen der Weiterbildung zählten

1. Studienreise und spezielle Konferenzen;
2. Selbststudium in der Freizeit;
3. Weiterbildung an Korrespondenzschulen;
4. Teilnahme an Vorträgen;
5. Kurzzeitstudien und
6. Einladung von Experten zu Vorträgen. (CEN, 19.2.01, S.7-8)

Die Öffnung der Wirtschaft für private Unternehmen hat in den letzten Jahre erhebliche Fortschritte gemacht, allerdings bestehen noch in vielen Branchen Zugangsbeschränkungen für private Unternehmen. Regional ist die Situation außerdem stark unterschiedlich. In der Provinz Jiangsu kündigte die Entwicklungs- und Planungskommission der Provinz Mitte Februar an, mehr Bereiche für private Unternehmen zu öffnen. Mit Ausnahme der Militärindustrie und staatlichen Monopolen will Jiangsu private Unternehmen in allen Branchen zulassen. Dies gilt auch für Infrastruktur, Transport, Wasserressourcen, Energie und Telekommunikation, Landwirtschaft sowie

neue und Hightech-Industrien. (XNA, 13.2.01) -schü-

37 Chinas Softwareindustrie will international konkurrenzfähig werden

Die Förderung der Softwareindustrie soll in den nächsten fünf Jahren verstärkt werden. Dies sehen die vom Staatsrat erlassenen Bestimmungen „Several Policies Encouraging the Development of the Software Industry and Integrated Circuit Industry“ vor. Um den Mangel an Kapital und Fachkräften zu beheben, sollen der Industrie verstärkt Risikokapital, Steuervergünstigungen und Erleichterungen beim Zugang zu den Börsen eingeräumt werden. Gleichzeitig soll die inländische Qualifizierung von Fachkräften beschleunigt werden. In 38 Städten, darunter Dalian, Shenyang, Xi'an, Ningbo, Beijing und Shanghai will das Ministry of Information Industry (MII) außerdem Softwarezentren bzw. spezielle Parks zulassen. (NfA, 5.2.01)

Nach Einschätzung der Unternehmensberatung McKinsey könnte China mittelfristig Indien als Softwareanbieter überholen. Indische Experten gehen bereits davon aus, dass Chinas Wettbewerbsfähigkeit auf Grund der hohen Investitionen in Ausbildung an den Universitäten und in Forschungsprogramme schnell zunehmen wird. Da jedes Jahr fast 100.000 indische Computerexperten in die USA abwandern, hat die indische Softwarebranche bereits damit begonnen, Mitarbeiter aus China anzuwerben. Schon im Jahre 2006, so die Studie, wird Indien nicht mehr den eigenen Bedarf an Softwareexperten decken können. (NfA, 15.2.01)

In den nächsten fünf Jahren wird damit gerechnet, dass die Entwicklung der Softwareindustrie Wachstumsraten von durchschnittlich 28% im Jahr aufweisen wird. Die Größe des Marktes wird dann von 2,8 Mrd. US\$ im Jahre 2000 auf 14 Mrd. US\$ im Jahre 2005 zunehmen. Gleichzeitig sollen die Exporte von 130 Mio. US\$ auf rd. 1 Mrd. US\$ ausgeweitet werden.

Ob dieser Durchbruch gelingt, hängt allerdings davon ab, ob China sich gegen die enorme internationale Konkurrenz durchsetzen kann. So weist

das Research Center of Computer and Microelectronics Industrial Development darauf hin, dass der Marktanteil chinesischer Unternehmen bei Software im Jahre 1999 bei lediglich rd. 30% lag. Während die Unternehmen bei Unternehmenssoftware, Textverarbeitung oder elektronischen Spielen nur einen sehr geringen Marktanteil besitzen, dominieren sie Anwendungssoftware für die staatlich kontrollierten Bereiche Finanzen und Erziehung. (NfA, 5.2.01) -schü-

SVR Hongkong

38 Donald Tsang zum neuen Chief Secretary designiert

Nachdem die *Chief Secretary of Administration* Anson Chan Mitte Januar ihren vorzeitigen Rücktritt angekündigt hatte, ist Mitte Februar, wie erwartet, Donald Tsang Yam-kuen offiziell zu ihrem Nachfolger designiert worden. Wie ebenfalls erwartet worden war, wird er in seinem bisherigen Amt des *Financial Secretary* von Antony Leung Kam-chung, Leiter der Asien-Pazifik-Region der Investmentbank J.P. Morgan und Mitglied des *Executive Council*, ersetzt werden (vgl. C.a., 2000/1, Ü 35).

Da sich die offizielle Designierung hinausgezögert hatte, vermuteten manche Beobachter, dass Beijing die nötige Zustimmung zur Ernennung Donald Tsangs für das zweitwichtigste Amt in der SVR verweigern würde. Demgegenüber war aber öffentlichen Äußerungen Tsangs zu entnehmen, dass ihm die Entscheidung sehr schwer fiel, sein Amt als *Financial Secretary* aufzugeben; der Ehre seiner Ernennung durch die Zentralregierung in Beijing könne er jedoch schließlich nichts mehr entgegenzusetzen.

Donald Tsang Yam-kuen (Zeng Yinquan) gilt als standhafter Vertreter der britischen *Civil-Service*-Kultur und als souveräner Politiker. Der 56-Jährige, der in seiner Jugend in den USA studierte, ist seit 1967 Mitglied des Hongkonger *Civil Service* und übt seit 1995 das Amt des *Financial Secretary* aus. Internationale Bekanntheit erlangte er 1998, als er das Finanzsystem der SVR

durch eine entschiedene Intervention auf dem Hongkonger Finanzmarkt vor den Auswirkungen der Asienkrise erfolgreich schützte.

Kurz vor der Übergabe Hongkongs im Jahr 1997 wurde der gläubige Katholik vom britischen Königshaus in den Adelsstand erhoben, eine Tatsache, die ihm eine gewisse Achtung Beijing-kritischer Vertreter einträgt; andere Persönlichkeiten des politischen Lebens in Hongkong hatten auf diese Ehre verzichtet, um ihre Loyalität gegenüber Beijing zu beweisen. Dem demokratischen Lager ordnet ihn auch der Umstand zu, dass er und der „Altvater“ der Hongkonger Demokratie, Martin Lee, wechselseitig Patenschaften für ihre Kinder übernommen haben.

Anlässlich der Bekanntgabe seiner Designierung zum zukünftigen *Chief Secretary* bemühte Donald Tsang sich, heimische und internationale Bedenken auszuräumen, er könne ein weniger eifriger Verfechter der Autonomie Hongkongs sein als seine Vorgängerin Anson Chan. Zwar sei es keine leichte Aufgabe, so äußerte er, in die Fußstapfen von Frau Chan zu treten, doch gälten ihm die liberalen Grundlagen des Hongkonger Gemeinwesens ebenso viel wie ihr. Gegenüber Journalisten formulierte er: „Hong Kong's success has been built on the rule of law, a level playing field for business, the free and unfettered flow of news and information and civil liberties. These are an inseparable part of our success [...] I don't believe in the future I will ever have to compromise on these guiding principles.“

Hingegen gilt Tsangs designierter Nachfolger im Amt des *Financial Secretary*, Antony Leung Kam-chung (Liang Jinsong), als Beijing-loyaler Vertreter, dem der Sinn für die Kultur des *Civil Service* fehle. Der 49-jährige Banker erwarb diesen Ruf, seit er als Studentenaktivist im Jahr 1972 an der ersten Delegation in die Volksrepublik teilnahm. Zwar zweifelt kaum jemand an seiner Befähigung, die Finanzen der SVR kompetent zu verwalten, doch fürchten viele, dass er nicht den politischen Spürsinn haben wird, um mit seinen Kollegen im *Civil Service* effizient zu kooperieren. Als positives Anzeichen für eine Einlösung der Forderungen nach stärkerer politischer Verantwortlichkeit der Regierungsmannschaft wird allgemein die

Tatsache gewertet, dass Antony Leung einen auf drei Jahre befristeten Vertrag erhalten wird, der innerhalb von drei Monaten kündbar sein wird.

Der Ämterwechsel wird Anfang Mai stattfinden, nachdem Anson Chan von ihrem Amt der *Chief Secretary* zurückgetreten sein wird. (SCMP, 14., 15., 16.2.01; WSJ, 15.2.01; IHT, 16., 17.2.01; FAZ, 16.2.01) -hol-

39 Falungong-Symposium löst erneut Verunsicherung über konstitutionelle Grundlagen der SVR aus

Eine internationales Falungong-Symposium, das Mitte Januar rund 1.200 Anhänger in der Hongkonger City Hall zusammenbrachte, hat das konstitutionelle Selbstverständnis der Sonderverwaltungsregion erschüttert, das in dem Prinzip „ein Land, zwei Systeme“, zusammengefasst ist. Die Konferenz war von der Regierung genehmigt worden, hatte aber heftige Attacken von Seiten Beijings provoziert. So unterstellten Beijing-freundliche Hongkonger Zeitungen der Regierung der SVR, sie würde dulden, dass Hongkong als „Zentrum für Falungong-Aktivitäten“ und als „subversive Basis“ zum Umsturz der chinesischen Regierung missbraucht würde. Regierungschef Tung Chee-hwa, der durch die Vorwürfe in politische Bedrängnis geraten ist, soll sich über die Entscheidung stark erzürnt gezeigt haben (vgl. C.a., 2001/1, Ü 35, Ü 36).

Seit diesem Vorfall erkennen verschiedene Hongkonger und internationale Beobachter Anzeichen einer konzertierten Kampagne Beijing-naher Kräfte, die darauf abzielen könnte, der seit 1996 rechtmäßig in Hongkong registrierten Falungong-Organisation ihren legalen Status und damit ihre Operationsgrundlage zu entziehen. So äußerte Regina Ip, die *Secretary for Security* der SVR in einem Radiointerview, dass man die Aktivitäten der Falungong-Organisation in Hongkong aufmerksam verfolge. Tung Chee-hwa wiederholte diese Äußerung wenige Tage später vor der Legislativversammlung und erklärte, dass Falungong seines Erachtens „einige Charakteristika eines üblen Kultes“ trage – damit näherte er sich der Position der chinesischen Parteiführung weitgehend an,

die Falungong im Sommer 1999 als „Kult“ verboten hatte.

Die Reihe der Angriffe wurde von Ye Xiaowen, dem Präsidenten des Staatsratsbüros für religiöse Angelegenheiten der VR China fortgesetzt. Dieser stellte fest, dass die Falungong-Organisation in Hongkong ihr ursprünglich angegebene nicht politische Betätigungsfeld verlassen und sich zu einer politisch agierenden Organisation gewandelt habe. Er vertraue darauf, dass die Hongkonger Öffentlichkeit die Weisheit besitze, mit diesem „giftigen Geschwür“ angemessen umzugehen.

Nach Ansicht von Beobachtern sei der Hongkonger Regierung durch diese und ähnliche Äußerungen nahe gelegt worden, der Falungong-Organisation die Registration, die 1996 unter der 1960 verabschiedeten so genannten „Societies Ordinance“ ordnungsgemäß vollzogen worden war, zu entziehen. Als Begründung dafür könne der Nachweis dienen, dass Falungong sich von einer nicht politischen zu einer politischen, international agierenden Organisation verändert habe.

Analog verfuhr man im Herbst 1996 übrigens in der VR China, als die Registration der „Falun-Dafa-Forschungsgesellschaft“ in der als Dachverband für Qigong-Schulen fungierenden „Wissenschaftlichen Qigong-Forschungsgesellschaft Chinas“ mit der Begründung aufgelöst worden war, der Zweck von Falungong bestehe nicht länger im Praktizieren von Qigong (C.a., 2000/2, S.135-147).

Vertreter der katholischen Kirche und der buddhistischen Vereinigung Hongkongs sprachen sich gegen derartige Versuche aus, der Falungong-Organisation die legale Grundlage zu entziehen, und verteidigte die Rechte der Gruppe, in der Stadt ihren Aktivitäten nachzugehen. Die Vertreter fürchteten, dass die Betätigung auch anderer religiöser Gruppen in Hongkong beeinträchtigt werden könnte, sollte Falungong verfolgt werden.

Darüber hinaus wächst in Hongkong aber auch die Furcht, Falungong könnte den Anlass für eine neue Welle der restriktiven Auslegung von strittigen Artikeln des *Basic Law*, der „Miniverfassung“ der SVR, geben. So trat ein Mitglied des *Executive Council*, Frau Nellie Fong, Anfang Februar in ei-

nem Artikel in der englischsprachigen Presse dafür ein, die Umsetzung des Artikels 23, des so genannten „Anti-Subversions“-Artikels, möglichst bald in Angriff zu nehmen. Der Artikel verlangt, dass die Regierung Gesetze erlässt, welche darauf abzielen, „to prohibit any act of treason, secession, sedition, subversion against the Central People's Government“; der zeitliche Rahmen wird dabei allerdings offen gelassen. Frau Fong äußerte, dass es bisher keinen dringenden Anlass gegeben habe, entsprechende Gesetze auszuarbeiten, die jüngsten Aktionen der Falungong-Bewegung diesen Anlass nun aber geschaffen hätten. (XNA, 5.2.01)

Demokratische Kräfte in Hongkong fürchten nun, dass der Artikel 23 bald eine drakonische Auslegung erfahren könnte, die sich nicht nur auf die Falungong-Organisation, sondern auch auf die Arbeit von Medien, politischen Organisationen, gesellschaftlichen Vereinigungen etc. stark negativ auswirken könnte.

Unter Beschuss gekommen ist aber auch Artikel 39 des *Basic Law*, in dem viele eine konstitutionelle Garantie für die Bewahrung der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen Hongkongs sehen. Dieser Artikel regelt, dass die Bestimmungen internationaler Konventionen, darunter der Konvention über zivile und politische Rechte, in ihrer ursprünglichen Anwendung auf Hongkong nach der Rückgabe an die VR China in Kraft bleiben; ferner regelt er, dass Gesetze zur Einschränkung der Rechte und Freiheiten der Bürger Hongkongs ungültig sind, sofern sie gegen diese internationalen Bestimmungen verstoßen.

Nun hat der Ausführende Direktor des „Ein Land, zwei Systeme“-Forschungsinstitut, Shiu Sin-por, ebenfalls in einem Artikel in der englischsprachigen Presse, den „Aktivismus“ Hongkonger Gerichte kritisiert, die von den Bestimmungen insbesondere der Internationalen Konvention über zivile und politische Rechte in ihrer Rechtsprechung übermäßig Gebrauch machten. Diesem Aktivismus liege ein Missverständnis über den Stellenwert und die Bedeutung des Artikels 39 zu Grunde, das es zu bereinigen gelte. Es gehe nicht an, dass konstitutionelle Vorstellungen aus der kolonialen Vergan-

genheit, die im Widerspruch mit der *Joint Declaration* und dem *Basic Law* stünden, unhinterfragt fortgeschrieben würden und das Rechtssystem der SVR ins Chaos stürzten. Shiu Sin-por rief daher das *Basic-Law*-Komitee, welches den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses der VR China in Fragen der Auslegung des *Basic Law* berät, an, eine Auslegung des Artikels 39 durch den Ständigen Ausschuss anzulegen. (SCMP, 20.2.01)

Sollte dieser Vorschlag verwirklicht werden, könnte eine ähnlich große „hausgemachte Verfassungskrise“ ins Haus stehen wie diejenige, die 1999 durch die Anrufung des Nationalen Volkskongresses in der Frage des Aufenthaltsrecht festländischer Bürger in Hongkong ausgelöst worden war (vgl. C.a., 2000/8, S.907-916). Eine Revision des Artikels 39 könnte erhebliche Auswirkungen auf die Gesetzgebung in zahlreichen Gebieten, so auch für Artikel 23 haben. Die Aktivitäten der Falungong-Bewegung in Hongkong könnten so im schlimmsten Fall einen konstitutionellen „Erdrutsch“ auslösen, der die Autonomie Hongkongs massiv beschädigen würde. (XNA, 5., 9.2.01; SCMP, 3., 8., 17., 20., 21., 26., 27., 28.2.01; WSJ, 2., 5., 9., 21.2.01; FT, 13.2.01; NZZ, 12.2.01) -hol-

40 Taibeis Bürgermeister offiziell in Hongkong

Taibeis Bürgermeister Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) besuchte in offizieller Funktion als Kopf einer 40 Mitglieder zählenden Delegation vom 11. bis 14. Februar Hongkong. Anlass war eine Einladung des Hongkong Policy Research Institute, an einem „Zwei-Städte-Forum“ teilzunehmen. Während seines Besuchs fand auch erstmalig ein offizielles Treffen mit Hongkongs Regierungschef Tung Chee-hwa statt, welches bei Mas letztem Besuch in der Stadt 1999 nicht zu Stande gekommen war.

Ma und seiner Delegation wurde erlaubt den VIP-Ausgang des Flughafens zu nutzen, welches Chang Liang-jeu, dem inoffiziellen Gesandten Taiwans in Hongkong, bei seiner Anreise vor einem Monat versagt worden war. Angesichts dieses Privilegs betonte der prominente GMD-Politiker Ma jedoch, seinen Besuch in Hongkong keinesfalls

politisch gegen den taiwanischen Präsidenten Chen Shuibian ausnutzen zu wollen.

Während eines Abendempfangs des Policy Research Institute, auf dem Ma eine programmatische Rede hielt, meinte er, er sei sich des offiziellen Status seines Besuchs durchaus bewusst. Sein Aufenthalt diene dazu, engere Verbindungen zwischen den Städten Taipei und Hongkong herzustellen. Daher standen Themen wie städtische Erneuerung und Verkehr im Mittelpunkt. Nationale Angelegenheiten wie Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße waren nicht Gegenstand der Diskussionen.

Der Bürgermeister, der ein langjähriges GMT-Mitglied ist und als ein aussichtsreicher Gegenkandidat zu Taiwans jetzigem Präsidenten Chen Shuibian in den Präsidentschaftswahlen 2004 gilt, ist ein Befürworter der Wiedervereinigung mit China. Auf seinem Besuch jedoch war seine Antwort auf alle diesbezüglichen Fragen durch eine zweideutige Strategie gekennzeichnet. Zu dem von Beijing auch für eine Vereinigung mit Taiwan favorisierten Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ meinte er, dieses sei für Taiwan inakzeptabel, ganz gleich, wie erfolgreich dies auch in Hongkong sein möge.

Ein Treffen mit Hongkongs Regierungschef Tung Chee-hwa im Regierungsgebäude diente dem Austausch über städtische Entwicklung in Hongkong und Taipei. Thematisiert wurden auch Umweltprobleme wie die Abwasserbehandlung und die Wiederverwertung von Abfallstoffen. Tung äußerte die Hoffnung, die wirtschaftlichen Verbindungen und den Handel zwischen Hongkong und Taiwan stärken zu können.

Im Zuge des Treffens zwischen Ma und Tung ließ der ebenfalls anwesende Direktor der Abteilung für Hongkong- und Macau-Angelegenheiten des taiwanischen Mainland Affairs Council, Tsai Chih-chung, verlauten, die Beziehungen zwischen Taiwan und Hongkong seien in einen offiziellen Status erhoben worden. Sein Angebot an die Regierung Hongkongs, eine Vertretung in Taiwan zu einzurichten und offiziellen Repräsentanten Besuche in Taipei zu erlauben, wurde mit Zurückhaltung aufgenommen. Die Regierung lehnte das Angebot dahingehend ab,

dass der richtige Zeitpunkt für ein solches Vorhaben noch nicht gekommen sei. Auch für einen Gegenbesuch in Tai bei auf eine Einladung Mas hin, machte Tung keine feste Zusage.

Nach einem Gespräch mit Selina Chow Shuk-ye, der Vorsitzenden der Hongkong Tourist Association, sagte Ma Ying-jeou, es sollte erwogen werden, die Visumpflicht für Bürger Hongkongs für Reisen nach Taiwan aufzuheben. Ein Wegfall des langwierigen Verfahrens zur Visumsausstellung könne den Tourismus zwischen Hongkong und Taiwan wesentlich fördern.

Insgesamt hieß es, Ma sei während seines Besuchs in Hongkong allseits warm und freundlich empfangen worden. Auch in der Beijing positiv gesinnten Presse der ehemaligen Kronkolonie wurde über den Aufenthalt des Tai-beier Bürgermeisters ausführlich und positiv berichtet. (SCMP, 3.2., 8.2., 12.2., 13.2., 14.2., 15.2., 16.2.01; XNA, 14.2.01) -kg-

41 Unterrichtssprache an Schulen

Die Hongkonger Regierung verfolgt weiterhin ihre Politik, in den Schulen das Gewicht auf muttersprachigen Unterricht zu legen. Für die Mehrzahl der Hongkonger ist Kantonesisch Muttersprache, während Putonghua (Hochchinesisch) und Englisch ihre Zweitsprachen sind. Im Jahre 1998 mussten 223 Sekundarschulen zu chinesischsprachigem Unterricht übergehen, nur 114 Sekundarschulen mit gutem Englischstandard durften weiterhin auf Englisch unterrichten. Englischsprachige Schulen standen und stehen im Ruf, besser zu sein, was jedoch vielfach nicht der Fall war, weil die Englischkompetenz der Lehrer und Schüler zu wünschen übrig ließ. Inzwischen hat sich die Politik der Regierung weitgehend bestätigt; es wird allgemein anerkannt, dass muttersprachiger Unterricht für die Entwicklung der Schüler, d.h. vor allem das Begreifen des Lehrstoffes und das selbstständige Denken, besser ist als wenn sprachliche Schwierigkeiten hinzukämen.

Um jedoch die Englischkenntnisse der Sekundarschüler an chinesischsprachigen Schulen zu verbessern, soll ab Herbst ein neues Programm eingeführt werden, das den chinesischsprachigen

Schulen erlaubt, im Unterricht mehr Englisch zu sprechen. Im Rahmen dieses Programms können interdisziplinäre Themen und bestimmte Fächer wie Computer, integrierte Naturwissenschaft und Sozialkunde in der zweiten und dritten Mittelschulklasse auf Englisch unterrichtet werden. Der Vorteil ist, dass die Kinder den Stoff schon einmal auf Chinesisch gelernt haben, sodass sie sich mehr aufs Englische konzentrieren können. Voraussetzung soll sein, dass der normale Unterricht nicht beeinträchtigt wird. Die meisten Schulen begrüßen das Programm, weil es den Schulen größere Flexibilität erlaubt. Die Professional Teachers' Union lehnt das Programm allerdings ab, weil es die Politik bezüglich der Unterrichtssprache durcheinander bringe und einen Rückschritt zu alten Unterrichtsmethoden bedeute. (SCMP, 8. u. 13.2.01)

Um den Fremdsprachen-Unterricht an den Sekundarschulen zu verbessern, hatte die Hongkonger Regierung letztes Jahr verfügt, dass sich die Englisch- und Putonghua-Lehrer einer Sprachprüfung unterziehen, um ihre Sprachkompetenz nachzuweisen und sie entsprechend ihrem Standard einzustufen. Der Widerstand gegen die Prüfungen, der sich bereits im vergangenen Herbst abzeichnete (vgl. C.a., 2000/10, Ü 36), hat sich nicht gelegt. Anfang Februar lief die Anmeldefrist für die freiwillige Sprachprüfung ab, und wie sich herausstellte, haben sich nur etwa zwei Prozent aller Englischlehrer für die Prüfung angemeldet. Es war vor allem die Professional Teachers' Union, die die Lehrer aufrief, die Einstufungstests zu boykottieren. Mit dem Boykottaufruf wollte die Lehrgewerkschaft der Auffassung entgegenreten, die Lehrer seien Schuld an dem schlechten Englischstandard der jungen Leute in Hongkong. Die überwiegende Mehrzahl der Lehrer hat sich mit der Weigerung, die Prüfung abzulegen, für die von der Regierung geforderte Alternative entschieden, nämlich Fortbildungskurse zu besuchen. Dies ist umso erstaunlicher, als die Lehrer dafür weitaus mehr Zeit investieren müssen, als wenn sie eine Prüfung abgelegt hätten. (SCMP, 6.2.01) -st-

42 Zuwendungskürzungen für Universitäten beschlossen

Ende Februar hat der Finanzausschuss des Legco die vom University Grants Committee vorgeschlagenen Kürzungen für die Universitäten mit 29 gegen 22 Stimmen beschlossen. Damit erhalten die acht Hongkonger Universitäten für die Jahre 2001-04 1,9 Mrd. HKD weniger, das bedeutet eine vierprozentige Kürzung. Im Jahre 1998 war bereits eine zehnprozentige Kürzung vorgenommen worden. Für die Universitäten, von denen der stärkste Protest kam, werden die Kürzungen schwer zu verkraften sein. Zum einen wird befürchtet, dass die Qualität der Hochschulbildung sinken könnte, zum anderen wird es schwierig sein, die Hochschulreform anzugehen, in deren Rahmen u.a. eine Verlängerung des Grundstudiums von drei auf vier Jahre vorgesehen ist. (Vgl. SCMP, 22., 23., 24.2.01) -st-

SVR Macau

43 Wahlen zur Legislativversammlung im Sommer

Ende August oder Anfang September werden die ersten Wahlen nach Macaus Rückgabe an China abgehalten. Sie gelten den Sitzen der Legislativversammlung, deren Amtszeit am 15. Oktober dieses Jahres ausläuft. Die Versammlung wurde am 22. September 1996 neu zusammengesetzt. (S. dazu C.a., 1996/9, Ü 24) Sie ist eigentlich nur für vier Jahre gewählt, da ihre Struktur aber keinen Streitpunkt zwischen China und Portugal bildete, konnte die 23-köpfige Legislativversammlung im Gegensatz zu Hongkong nicht nur über den Zeitpunkt der Rückgabe Macaus hinaus, sondern sogar noch ein Jahr länger bis zum Jahr 2001 bestehen. Die neue Versammlung wird 27 statt 23 Mitglieder haben. Die Zahl der direkt und indirekt gewählten Gesetzgeber steigt von acht auf zehn. Die Zahl der vom Regierungschef (früher vom Gouverneur) ernannten Mitglieder bleibt bei sieben. Im Gegensatz zu Hongkong gibt es in Macau keine politischen Parteien. Ihnen nahe kommen am ehesten zivile Vereini-